

„Indirekte Opfer der Judenverfolgung“

Der Nahostkonflikt eskalierte dieses Jahr erneut. Ein Gespräch über die historischen Hintergründe

Georg Stein hat 1989 den Palmyra-Verlag mit Sitz in Heidelberg gegründet. Sein Verlag beschäftigt sich mit der Palästina/Israel-Thematik und mit Rockmusik. Stein ist selbst erstmals als Schüler nach Israel gereist und hat nach seinem Politikwissenschaftsstudium in Heidelberg seine Master-Arbeit über die PLO (Palestine Liberation Organization) verfasst. Dafür hat er den damaligen PLO-Führer Arafat als einer der wenigen deutschen Journalisten interviewt.

Der Gazakrieg im Mai hat wieder einmal vielen Menschen klar gemacht, wie komplex der israelisch-palästinensische Konflikt ist. Woran liegt das und welcher Hintergrund muss man sich bewusst sein?

Es ist wirklich ein sehr komplexer Konflikt, sowohl historisch und politisch, aber in gewisser Weise auch auf einer sozial-psychologischen Ebene. Es ist aber auch typisch, dass der Konflikt vor allem in Krisenzeiten – Junikrieg 1967, Oktoberkrieg 1973, Libanoninvasion 1982, erste und zweite Intifada, die verschiedenen Gazakriege – in den Fokus der Öffentlichkeit und Medien rückt. Dann wird meist pauschal behauptet, dass man den Konflikt nicht verstehen kann und es dementsprechend keine Lösungsmöglichkeiten gäbe. Dem lässt sich jedoch entgegennehmen, dass die Konfliktsachen durchaus bekannt sind. Der Kern des Konflikts besteht in der ursprünglichen Intention des Zionismus, in einem über Jahrhunderte hinweg zu einem arabisch gewordenen Land einen jüdischen Staat zu errichten. Insofern handelt es sich um einen klassischen Territorialkonflikt: Zwei Völker streiten sich um ein und dasselbe Land. Und vor allem: Seit nunmehr 54 Jahren leben die Palästinenser:innen unter israelischer Besatzung, die sie nachvollziehbarerweise endlich loswerden wollen.

Die Vereinten Nationen, die USA, die EU und sogar Deutschland unterstützen zumindest verbal die Idee einer Zweistaatenlösung. Warum wurde diese bis heute nicht verwirklicht?

Die Vereinten Nationen haben im November 1947 ja den Teilungsplan verabschiedet, der in Palästina die Gründung eines arabischen und eines jüdischen Staates vorsah. Die arabische Seite hat den Plan damals abgelehnt, weil sie ihn als sehr ungerecht empfand: Obwohl die jüdische Gemeinschaft in Palästina damals nur im Besitz von 5,6 % des Landes war, sollte der für sie vorgesehene Staat größer sein als der geplante arabische Staat. Jahrzehnte später war es dann der Palästinenser Nationalrat – eine Art Exilparlament der Palästinenser:innen – der im November 1988 einen eigenen Staat proklamiert hat, auf der Grundlage der einschlägigen UN-Resolutionen und der damit impliziten Anerkennung des Staates Israel, was heute übrigens oft übersehen wird.

Die Zweistaatenlösung ist meines Erachtens bisher primär daran gescheitert, dass Israel nach wie vor nicht bereit ist, die Besatzung zu beenden und einen Palästinenser-

staat im Westjordanland und dem Gazastreifen mit Ostjerusalem als Hauptstadt zu akzeptieren. Natürlich wird die Umsetzung der Zweistaatenlösung immer schwieriger, nicht zuletzt wegen der mittlerweile über 200 israelische Siedlungen mit etwa 600.000 Bewohner:innen in den besetzten Gebieten, die eine gerechte Friedenslösung regelrecht „verbauen“. Die Verwirklichung der Zweistaatenlösung scheitert deshalb vor allem an dem fehlenden politischen Willen in Israel, aber auch auf Seiten der USA, der EU und auch Deutschlands – Lippenbekenntnisse alleine werden diese Lösung sicherlich nicht herbeiführen. Ein stärkerer politischer Druck auf Israel wäre durchaus hilfreich. Die PLO hat unter Arafat die Zweistaatenlösung prinzipiell bereits anerkannt, obwohl sie für die Palästinenser:innen einen schmerzlichen territorialen Kompromiss bedeutet, weil das für die Staatsbildung vorgesehene Territorium weniger als 25% des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästinas umfasst. Sollte es wirklich noch zu einer Zweistaatenlösung kommen und sollten beide Völker irgendwann einmal zu der Erkenntnis gelangen, dass es eigentlich wenig Sinn macht, in diesem relativ kleinen Land zwei Staaten zu haben, dann kann das theoretisch immer noch in Zukunft zu einer gemeinsamen Einstaatlösung führen, in dem dann alle – auch die Palästinenser:innen – die gleichen Rechte haben. Von der extrem zersplitterten neuen israelischen Regierung ist in Sachen Palästinenserstaat allerdings wenig zu erwarten. Das zeigt sich schon daran, dass wichtige Themen wie Friedensgespräche oder Siedlungspolitik erst einmal ausgeklammert wurden.



Georg Stein gründete den Palmyra Verlag

Wie war denn die Situation in Palästina vor der Gründung Israels 1948?

Bis zum Ende des Osmanischen Reichs nach dem Ersten Weltkrieg lebten hauptsächlich arabische Muslime und Christen in dem Gebiet. Zu diesem Zeitpunkt war der Anteil der jüdischen Bevölkerung noch recht gering. Erst mit dem Beginn des britischen Mandats über Palästina 1920 und bedingt durch die zunehmende Judenverfolgung in Europa kam es zu einer jüdischen Masseneinwanderung nach Palästina. Die Palästinenser:innen wurden also durchaus zu indirekten Opfern der Judenverfolgung durch die Nazis in

Europa. Die Gründung Israels 1948 beziehungsweise der Krieg 1948/49 führten schließlich zur Vertreibung von etwa 750.000 Palästinenser:innen. Dass sie vertrieben wurden, – und nicht, wie häufig noch behauptet wird, freiwillig geflüchtet sind – haben vor allem namhafte israelische Historiker erforscht.

Sie haben schon die Besatzung erwähnt. Seit wann besteht sie und was bedeutet sie für die Palästinenser:innen?

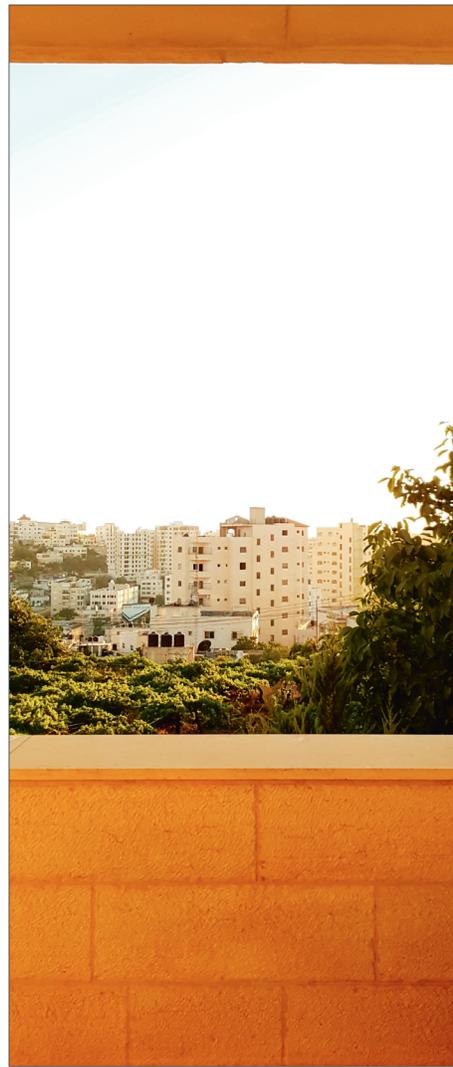
Der Junikrieg 1967 endete mit der Besetzung des Westjordanlandes, der Gazastreifens, Ostjerusalems und der syrischen Golanhöhen. Unmittelbar nach Kriegsende begann Israel mit seiner Politik der systematischen Siedlungspolitik, die quasi territoriale Fakten schaffen sollte und im Rahmen des illegalen Landwerber als völkerrechtswidrig gilt. Einher ging die Entrechtung der Palästinenser:innen in vielen Lebensbereichen, wozu unter anderem die täglichen Demütigungen an den Checkpoints und die massiven Einschränkungen der Bewegungsfreiheit gehören. Sie können sich nicht frei bewegen und leben unter weitreichender Gesetzeslosigkeit. Bekannte von mir beispielsweise durften noch nie nach Jerusalem, obwohl ihre Stadt nur 18 Kilometer entfernt liegt.

Human Rights Watch bezeichnet die israelische Besatzung als Apartheidsregime. Ist das ein angemessener Vergleich?

Der Begriff wurde seit der Verwendung für die Verhältnisse in Südafrika im Hinblick auf die systematische politische, rechtliche und soziale Ausgrenzung von Minderheiten, gesellschaftlicher Gruppen oder auch ganzer Völker weiterentwickelt. Sogar die bedeutendste israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem bezeichnet die Behandlung der Palästinenser:innen durch die israelische Besatzung mittlerweile als Apartheid. Es gibt zum Beispiel sogenannte „Apartheid Roads“ durch das Westjordanland, welche die Siedlungen miteinander verbinden und nur von Israelis bzw. Siedler:innen benutzt werden dürfen. Palästinenser:innen, die sie befahren, machen sich strafbar. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf die sogenannte Verwaltungshaft, ein aus der britischen Mandatszeit von Israel übernommenes System absoluter juristischer Ungleichbehandlung.

Vor all diesen Hintergründen: wie können die Ereignisse in Sheikh Jarrah, der Al-Aqsa-Moschee und der Gazakrieg vom Mai eingeordnet werden?

Die angekündigte Zwangsräumung in Sheikh Jarrah, die Sperrung des Platzes vor dem Damaskustor in Jerusalem und der von Israel verhinderte beziehungsweise eingeschränkte Zugang zum Haram el-Sharif am Ende des Ramadan waren so eine Art Katalysator oder Auslöser des aktuellen Konflikts. Die eigentliche Ursache des Konflikts ist aber die beschriebene Be-



Blick auf Hebron im Westjordanland

satzung und die Unfreiheit der Palästinenser:innen, die ihr Recht auf Selbstbestimmung einfordern. Der Widerstand der Palästinenser:innen ist im Prinzip eine Reaktion der Schwachen auf einen übermächtigen Gegner in einem extrem asymmetrischen Konflikt. Hinzu kam aktuell auf palästinensischer Seite natürlich auch der Frust über die unsäglich einseitige Nahostpolitik von Donald Trump. Erinnert sei nur an die Botschaftsverlegung nach Jerusalem, die Streichung der US-Gelder für das Nahost-Flüchtlingswerk der Vereinten Nation und die Schließung des palästinensischen Vertretungsbüros in Washington. Dass die Hamas die Eskalation natürlich ausgenutzt hat, um ihre innerpalästinensische Position zu stärken, ist aber auch ein Faktum. Jedoch werden weder Raketen auf Tel Aviv noch Bomben auf Gaza den Konflikt lösen. Frieden kann nur durch ernsthafte, an einer wirklich gerechten Lösung orientierte Verhandlungen, herbeigeführt werden.

Viele Menschen sind wegen der deutschen Vergangenheit vorsichtig, Stellung zu beziehen. Wie sollte man sich positionieren?

Auch die deutschen Medien sind stark bestimmt von dem Aspekt der deutschen Vergangenheit. Wenn wir Deutschen irgendwas aus dem Holocaust gelernt haben sollten, dann die Erkenntnis, dass wir uns generell gegen Unrecht aussprechen sollten, egal ob in Tibet, Xinjiang, früher in Südafrika oder eben auch in Palästina.

Aus dieser historischen Einsicht heraus hat Deutschland sogar eine besondere Verpflichtung, sich für eine gerechte Lösung des Konflikts um Israel/Palästina einzusetzen. Und auch hier sei noch einmal erwähnt, dass eine Kritik der israelischen Politik keinen Antisemitismus darstellt. Dem gilt es in der Tat mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Das Gespräch führte Kaoutar Hadouti

ANZEIGE

Ab 07.21 **Karlstor bahnhof**

Rossano Snel & DJ Bamboo
Inga Bachmann & Mackefisch
Fritzi Ernst
Minu Tizabi
Fluid Fashion
Flohmarkt
Dota
Albertine Sarges
Rocko Schamoni
Poetry Slam
L.A. Salami
Alin Coen
Zelia Fonseca & Magdalena Matthey
Patrick Salmen
u.v.m.

Heidelberg-Altstadt
www.karlstorbahnhof.de

